

Revolution oder Reform?

Vom seltsamen Gegensatz zweier oft dummer Konzepte

Steigen wir aber mal in die konkreten Strategien und großen Fragestellungen anarchistischen Wirkens ein. Eine Reihenfolge wichtiger und weniger wichtiger Themen zu finden, fällt ebenso schwer wie überhaupt eine vollständige Liste zu erstellen, was AnarchistInnen bewegt, worüber sie sich intern oder zwischen den verschiedenen Strömungen streiten.

Von Quantitäten und Qualitäten

So sei aus der Fülle offener Fragen eine erste herausgegriffen, die sich schon über Jahrzehnte als Streit um den richtigen Weg zur Anarchie hinziehen: Reform oder Revolution? Darüber wird mitunter recht leidenschaftlich gestritten. Es gibt – in anarchistischen Kreisen ebenso wie in anderen gesellschaftskritischen Strömungen – verschiedenste Theorien, die Reformen oder Revolutionen stigmatisieren und diskreditieren sollen. Das sind mitunter recht verknotete Gedankengänge, z.B. der, dass Reformen den Herrschenden oder „dem Kapital“ die Chancen zum Lernen bieten, also Herrschaftsverhältnisse nur zu festigen vermögen. Wie aber der große Umwurf möglich sein soll, steht meist in den Sternen.

Aufgrund der in anarchistischen Kreisen verbreiteten Theorieferne ist eher der Blick ins größere und theorieorientiertere, oft aber praxislos marxistische „Lager“ (tatsächlich ein bunter Haufen verschiedener, oft verfeindeter Strömungen) unterhaltsam. Von Marxlesungen bis zum ewigen Traum einer echten ArbeiterInnenpartei reichen die Strategien, den Umsturz zur Diktatur des Proletariats herbeiführen zu können.

AnarchistInnen sind hier eher PragmatikerInnen – auch aus blanker Unlust an theoretischer Reflexion. Für viele ist ohnehin das Lebensgefühl entscheidend, d.h. der kulturelle Code. Hier ist das Revolutionäre attraktiver – ReformenInnen machen sich auf dem T-Shirt einfach nicht so cool. Und zur Selbstinszenierung als coole Person, vielleicht noch mit speziellen Interessen innerhalb unausgesprochener Gruppenhierarchien oder am gleichen bzw. anderen Geschlecht wäre ein „Hoch die Tobin Tax!“ auch nicht so der Hit. So prangen Che Guevara und – ach Mist, viel mehr kennen wir eigentlich nicht – von den Oberkörpern inzwischen recht vieler politischer Strömungen. Wer das eigentlich war, was er wollte, welche Rolle er im Guerillakampf und dort spielte, wo er an der Macht war – das frage mensch lieber nicht nach. Meist ist das unbekannt, weshalb die Ikone ja auch Anarch@s, Nazis, Neoliberalen und manch frustriertem/r Bürgerlicher/m als Projektionsfläche dient.

Die Sehnsucht nach der Revolution, ob nun gespeist vom Willen nach grundlegender Befreiung des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit oder allen knechtenden Verhältnissen, als Kompensation der Tristheit des eigenen Lebensalltages oder zwecks Posieren in der eigenen sozialen Gruppe gezeigt, müsste eigentlich ein Interesse an Utopien oder zumindest an Fragen von Herrschaft, ihren Formen und Möglichkeiten der Überwindung hervorrufen. Das aber geschieht selten, was einerseits zeigt, dass das Revolutionäre tatsächlich eher ein kultureller Code ist, andererseits so der Graben zwischen Reform und Revolution bleibt, obwohl er eigentlich sehr schnell überbrückt werden könnte. Denn wer sich ein (hoffentlich immer weiterentwickelndes) Bild einer anderen Gesellschaft schafft und dort hin strebt, wird feststellen, dass auf dem Weg dahin eine Menge auch kleinerer Schritte hilfreich sind. Schritte, die mensch als Reform bezeichnen würde, aber die zur Revolution führen können und sollen, wenn sie die größere Utopie als Richtung berücksichtigen.

Umgekehrt sind auch die meisten VerfechterInnen von Reformen weit entfernt davon, Reform und Revolution in Einklang zu bringen, d.h. die Reform als Schritt zur weitergehenden Befreiung zu sehen. Stattdessen frickeln sie mit losgelösten Minivorschlägen herum und stärken damit oft bestehende Machtverhältnisse, tragen also nicht zur Befreiung, sondern zur autoritären Zuspitzung bei. Gedanklich nachvollziehbar ist das schon, wenn angesichts der oft spürbaren Ohnmacht in politischen Kämpfen der leise Wunsch entsteht, die hegemonialen Strukturen dieser Gesellschaft wie Staat, Marktmechanismen oder Kapital mögen doch mal im Dienste der eigenen Sache wirken, also zum Klimaschutz, zur Sicherung von Naturgebieten, gegen Nazis oder prügelnde Ehemänner. Falsch aber bleibt es, aus emanzipatorischer Richtung betrachtet, trotzdem. Denn mehr Gesetze, härteres Polizeieingreifen oder Verschärfung von Versammlungsgesetzen sind immer ein Rückschritt im Ganzen – mögen sie auch ein Detailproblem (scheinbar) lösen helfen.

Eine Reform ist dann auch aus emanzipatorischer Sicht akzeptabel, wenn sie Befreiung schafft. Das geschieht zwar, der Logik von Reformen folgend, nur im Kleinen. Aber jede Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, jedes Zurückdrängen von Zwängen, jede Stärkung von Selbstorganisation und gleichberechtigtem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sowie jede Schaffung neuer Freiräume zur Selbstentfaltung sind es wert.

In anarchistischen Strömungen sind solche Überlegungen überwiegend ohne Bedeutung, da konkrete Reformvorschläge von ihnen nur selten kommen. In der konkreten Alltagsauseinandersetzung kann das eher passieren. So überrascht immer wieder die Forderung nach harten Polizeieinsätzen oder sogar Strafen für Nazis. Hier gilt: Wer wenig theoretischen Background hat, ist anfällig für Populismen – und fordert als AnarchistIn gleichzeitig mehr Staat.

Ein Doppelleben führen viele Menschen aus gewaltfreien Gruppen, die einerseits dem Softanarchismus der Graswurzelrevolution und des zivilen Ungehorsams anhängen, gleichzeitig aber fast alles gut finden,

was Besserung verspricht und nett aufbereitet wird. Hier zeigt sich ein bürgerliches Gutmenschentum, dem eine scharfsinnige Gesellschaftsanalyse völlig abgeht. Viele demonstrieren aus einem wohligen, mitunter zusätzlich christlich gefärbten Glauben an das Gute aller gut gemeinten Vorschläge gleichzeitig gegen Überwachung und unterschreiben z.B. bei Attac für die Schaffung neuer Überwachungsbehörden für alle Kontobewegungen.

Im Übrigen können auch ReformistInnen, also die überzeugten AnhängerInnen der Idee, dass kleine Schritte wichtiger sind, kulturelle Gründe für ihre Ausrichtung haben. In den Zirkeln, in denen sie verkehren, ist mehr der schlaue Detailvorschlag beliebt – in politischen Kreisen sogar oftmals bis hin zu Maßnahmen, die nichts bringen bzw. niemanden stören, aber schön wirken. Solche Placebos suggerieren politische Handlungskraft, ohne real viel zu verändern. Das gefällt den NutznießerInnen der herrschaftsförmigen oder neoliberalen Verwandlungen in der Gesellschaft. Zumindest im deutschsprachigen Raum repräsentieren „linke“ Parteien, NGOs und andere politisch-oppositionelle Gruppen eher Teile der Gesellschaft, die sich noch gut halten können im Kampf um die Futtertröge der Lohnarbeit. Die Tobin Tax von Attac, eine weitgehend wirkungslose, aber wegen häufiger Nennung im Kontext der Antiglobalisierungskämpfe um die Jahrtausendwende mit revolutionärem Pathos aufgeladene Steuer, ist ein typisches Beispiel für solche Reformen. Vorschläge zu machen, die „machbar“ sind (also nichts über das Detail hinaus verändern) und die seriös wirken (also dem Denkschema der Herrschenden entsprechen), fördern die eigenen Möglichkeiten in den gehobenen Sphären dieser Welt. Wer solches vorbringt, kann damit punkten in den passenden kulturellen Kreisen, an den Tischen der Mächtigen und Reichen – so wie der/die Anarch@ mit dem Che-Guevara-Kopf auf der Brust in den jeweiligen Kreisen.

Damit zeigen sich interessante Parallelen zwischen den Lagern der RevoluzzerInnen und der ReformanhängerInnen: Beide wollen mit ihren Vorschlägen soziale Anerkennung finden und beiden fehlt in der Regel eine brauchbare theoretische Grundlage. Ihre Trennung voneinander ist künstlich. Wer gesellschaftliche Utopien entwickelt und bestehende Herrschaftsverhältnisse analysiert, merkt schnell, dass sich Reform und Revolution nicht ausschließen, sondern gerade in der Verbindung die Chance besteht – nämlich dass die einzelnen Schritte einer Richtung bedürfen, die Befreiung schafft.

Es bedarf eines veränderten Verständnisses von Revolution und Reform, wenn diese emanzipatorischen Zielen folgen sollen. Es kommt auf deren Qualität an, auf den tatsächlich befreienden Charakter. Die Kunst gesellschaftlicher Intervention ist es, neben den konkret verfolgten Zielen (Castor stoppen, offene Grenzen, Knäste abreißen, Alltagssexismus verhindern usw.) das Leitbild der Befreiung vor Augen zu haben und solche Lösungen anzustreben, die die heutigen Verhältnisse dieser Utopie annähern. Also konkret: In und mit jedem politischen Vorschlag muss die Macht-

Zitate zu
Reformis-
mus unter
www.
projektwerkstatt.de/
aes/reform.html



frage gestellt werden – und zwar nicht in dem Sinne: Wer hat die Macht? Sondern: Wie lassen sich die Steuerungspotentiale aus Firmen, Parlamenten und anderen Elitesphären herauszerren und verlagern dort hin, wo das Leben der Menschen spielt.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 90 f.)

Die Hauptforderung vieler revolutionärer Anarchisten, nämlich die sofortige Zerschlagung des Staatsapparates, ist in den heutigen westlichen und östlichen Industriegesellschaften nicht realisierbar und – wie ich meine – auch nicht anzustreben. Denn solange sich keine freiheitlichen Strukturen entfaltet haben, die die bestehende herrschaftlich-staatliche Organisation der Gesellschaft zu ersetzen vermögen, würden Umstürze – die großen historischen Revolutionen zeigen das – mit großer Wahrscheinlichkeit auf nichts anderes hinauslaufen als auf einen Wechsel der Machthaber. Der Staat übernimmt in der bestehenden Gesellschaft wichtige Funktionen und ist nicht einfach abzuschaffen.

Das heißt jedoch nicht, daß nicht auch ohne die vorherige Herausbildung herrschaftsfreier (oder -armer) Gesellschaftsstrukturen auf zahlreiche staatliche Maßnahmen und Gesetze verzichtet werden könnte. Libertäre Perspektiven stehen dem Weg in den totalitären »Sicherheitsstaat« mit einer umfassenden Kontrolle und Überwachung des Bürgers ebenso entgegen wie einem staatlichen Schul- und Bildungssystem, das zur Konformität erzieht. Nicht der »gläserne Mensch« kann Inhalt einer libertären Perspektive sein, sondern »gläserne Verwaltung« und »gläserne Institutionen«; nicht die Sicherheit des Staates vor dem kritischen Bürger, sondern die Sicherheit des Menschen vor staatlichen Zugriffen, nicht die Kontrolle der Menschen durch den Staat, sondern die Entstaatlichung und Vergesellschaftung des Staates, seiner Bürokratien und sozialen Institutionen sowie der Betriebe und Industrieunternehmen durch die jeweils betroffenen Menschen.

»Weniger Staat« bedeutet im Hinblick auf die Perspektive einer Entstaatlichung der Gesellschaft also zunächst die Zurückdrängung staatlicher Eingriffe, Kontrollen und Reglementierungen, nicht zuletzt aber auch den vollständigen Verzicht des Staates auf die Durchsetzung einer bestimmten Gesinnung, der Verzicht auf »geistige Führung«.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 70 ff.)

Dem entspricht es, dass heute unter Anarchistinnen und Anarchisten kaum noch die Erwartung gehegt wird, eine Revolution der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse werde ein für alle Mal das menschliche Verhalten verändern. Dass die unter grundsätzlich veränderten Bedingungen sich frei entfaltende Anarchie alles hinwegfegt, was Menschen bisher daran hindert, als Gleiche wohlwollend zu kooperieren, dürfte eine fragwürdige Utopie sein. Tatsächlich kann vermutlich nicht ausgeschlossen werden, dass auch unter den günstigsten Bedingungen der Wille zur Macht bestehen bleibt und ein Idealzustand des gesellschaftlichen Lebens nie endgültig erreicht werden kann. Die Einsicht, dass hierarchische und Ausbeutungsmuster immer wieder auftauchen können, und dies selbst in Gesellschaften, die sich dagegen richten, bedeutet, dass für Anarchisten immer etwas zu tun bleibt. Es bedeutet auch eine praktische Infragestellung der Vorstellung von einem Abschluss des revolutionären Projekts nach »geglückter« Revolution.

Radikalität?

Eng verknüpft mit den oben diskutierten Aspekten ist die Frage nach der Radikalität politischer Vorschläge oder Aktionen. Denn auch hier kommt es vor allem darauf an, ob eine bzw. welche befreiende Wirkung eintritt. Radikal

ist, was nicht nur an Symptomen herumdoktert, sondern die dahinterstehenden Systemzusammenhänge und Herrschaftsformen angreift.

Allerdings spielt, auf die Einzelforderung bezogen, auch die Quantität eine Rolle. Radikal im emanzipatorischen Sinne kann nur etwas Befreiendes sein. Der Grad der Radikalität kann sich aber auch darin messen, wie viel Befreiung ein Vorschlag oder eine Aktion bringt. Insofern ist hier beides enthalten – die Qualität und die Quantität. Wer härtere Strafen für Nazis fordert, hat gar kein befreiendes Moment in der Forderung (und auch keines gegen Nazis, denn autoritäre Verhältnisse sind besonders geeignet zur Rekrutierung neuer FaschistInnen – also insbesondere Knäste), sondern sogar das Gegenteil. Wer Freiheit für alle politischen Gefangenen fordert, liegt in einer Grauzone. Einerseits wäre das immerhin eine Verbesserung für einige Menschen (im deutschsprachigen Raum ziemlich wenig, weil die politische Szene extrem legalistisch und auch ideologisch pro-rechtsstaatlich agiert), andererseits legitimiert es den Knast als solches (es sind nur die falschen Leute drin). Die Position „Weg mit allen Knästen!“ wäre also radikaler, aber immer noch nur eine Reform, weil es ja jede Menge anderer Anstalten des Zwang und der Verhaltenskonditionierung unangetastet lässt.

Da nur wenige anarchistische Zusammenhänge im deutschsprachigen Raum überhaupt solche strategischen Debatten führen, spielt die Frage politischer Radikalität heute kaum eine Rolle. Sie beschränkt sich weitgehend auf die schon beschriebenen kulturellen Ausdrucksformen und damit auf die Strömungen, in denen es angesagt ist, radikal zu erscheinen. In der seltsam gemischten softanarchisch-bürgerlichen Runde der mit Gewaltfreiheitslabel auftretenden Gruppen haben demgegenüber gegenteilige Orientierungen Vorrang.

Hinzu kommt, dass anarchistische und alle anderen politischen Strömungen im deutschsprachigen Raum, aber auch in vielen anderen Industrieländern, seit Jahrzehnten nur sehr zurückhaltend agieren. Sie entwickeln ihren Begriff von Radikalität folglich in einer Relation, die in anderen Teilen der Welt sehr anders wahrgenommen würde. Deutlich wird das z.B. an Berichten über Polizeihandeln, das permanent als willkürlich, gewaltförmig, brutal oder krass dargestellt wird. In der Regel sind damit Schubsen, Festnahmen, Abfilmen oder vereinzelter Schlagstockeinsatz gemeint – Polizeiverhalten also, welches in anderen Ländern als ungewöhnlich zurückhaltend gewertet würde.

Damit soll die Polizei nicht verharmlost werden – aber es ist gerade nicht die Willkür und das Ausnahmeverhalten, sondern die übliche,

Befreiung als Prozess und Thesen zur Frage nach Reform und Revolution in den Textsammlungen „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/prozess.html



normale und normalisierende Rolle der Polizeitruppen, die das Problem darstellen. Die aber wird mit der Kritik an Einzelfallverhalten überforderter BeamtInnen geradezu legitimiert.

Die Polizei muss im deutschsprachigen Raum kaum hart zugreifen, weil der politische Protest von selbst die fremdbestimmten Spielregeln einhält – und das auch intern gegenüber Konzepten des Ungehorsams durchgesetzt wird.

Aus Bookchin, Murray (1981): „Hierarchie und Herrschaft“, Karin Kramer Verlag in Berlin (S. 9 f.)

Was wir unter „radikal“ verstehen, ist ein Hohn auf die zurückliegenden drei Jahrhunderte revolutionärer Opposition, sozialer Agitation, intellektueller Aufklärung und Volkerhebungen. Radikale Politik in unseren Tagen ist auf die starre Ruhe der Wahllokale, die abgestumpften Plattitüden von Petitionskampagnen, Wahlslogans auf Autoaufklebern, die widerspruchsvolle Rhetorik gewiefter Politiker, auf das Vergnügen der Teilnehmer bei öffentlichen Kundgebungen und schließlich auf devote, bescheidene Reformanträge heruntergekommen – kurz: auf bloße Schattengefechte anstelle der direkten Aktion, des kämpferischen Pflichtbewußtseins, der rebellischen Auseinandersetzung und des gesellschaftlichen Idealismus, die kennzeichnend waren für alle revolutionären Unternehmungen der Geschichte. Nicht daß für Petitionen, Slogans, Kundgebungen und die mühselige Arbeit der öffentlichen Aufklärung in solchen Unternehmungen kein Platz wäre. Aber wir brauchen kein unverantwortliches Abenteuerertum zu unterstellen, um den Verlust einer ausgewogenen revolutionären Position anzuerkennen, die ein ausreichendes Gespür für Zeit und Ort besitzt, um die richtigen Mittel für die richtigen Zwecke ausfindig zu machen. Ich meine, daß die Ziele des gegenwärtigen Radikalismus selber alle Merkmale des Opportunismus von Bürgern im mittleren Alter haben: des Feilschens um kleine Vorteile, des Respekts vor massenhaften, aber bedeutungslosen Wählerpotentialen des schädlichen Rückzugs in die Politik des „kleineren Übels“, die der freien Wahl immer mehr Möglichkeiten verbaut – und schließlich der Verknöcherung von gesellschaftlicher Phantasie, organisatorischen Formen und utopistischer Voraussicht. ...

Mit der radikalen Theorie als der Ideologie für diese geschichtliche Wende radikaler Politik sieht es noch schlimmer aus. Wo Sozialismus und auch Anarchismus noch nicht zur dogmatischen Nachbeterei der Theorien des vergangenen Jahrhunderts geworden sind, haben sie sich zu akademischen Disziplinen gemausert und dienen nun dazu, den „Managerradikalismus“ mit theoretischen Exotika zu garnieren. Viel von dem, was heute unter „radikaler“ Theorie läuft, ist entweder Fußnote zur Ideengeschichte oder intellektuelles Verdunkelungsmanöver, welches Hand in Hand mit der pragmatischen Volksverdummung auf den Marktplätzen der Politik geht.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 58 f.)

Die veränderte Blickrichtung (nicht die gute Gesellschaft schaffen, sondern die Möglichkeit freien und gleichen Verhandeln durchsetzen) bedeutet auch eine veränderte Vorstellung von Radikalität. Radikal sein heißt im Sinne der freien Kooperation, keinen gesellschaftlichen Bereich, keine soziale Kooperation vom Anspruch der freien Kooperation auszunehmen; es bedeutet, sich diesen Anspruch nicht abkaufen zu lassen; und es bedeutet, ihn wirklich durchzusetzen zu wollen und sich nicht mit symbolischen Gesten zufrieden zu geben.

Verabschiedet wird damit ein Pseudobegriff von Radikalität, der auf der Trennung von »politischem Menschen« und Alltagsmenschen beruht. Derartige Pseudoradikalität kennt keine Zwischenschritte, keine Kompromisse, sie lässt keine Einwände gegen die Zumutungen gelten, die ein »möglichst radikales« Vorgehen den Menschen auferlegt. Im Grunde sollten wir am besten erst mal alles in die Luft sprengen, um es dann gründlich richtig zu machen – was ein wenig alltagstaugliches Konzept ist. Derartige falsche Radikalität ist immer patriarchal und immer elitär, denn man muss sie sich leisten können. ... Wir gehen, individuell wie kollektiv, durch viele seltsame Phasen unseres Lebens, in denen sich die Suche nach radikaler Veränderung von den konkreten Kooperationen unseres Alltags krampfhaft abspaltet, wie wenn es dadurch schneller und »radikaler« ginge. Die Suche nach der »radikalen Aktion«, der absoluten Nicht-Teilhabe am herrschenden System, die irri- ge Idee, es gebe eine »Abkürzung« bei der mühsamen Veränderung der Verhältnisse, gehören ebenso dazu wie die magischen Praktiken, die »richtigen« Sprachregelungen für wichtiger zu halten als die reale Tendenz alltäglicher Kooperationen. Nicht alles davon lässt sich immer vermeiden; wir müssen manchmal ein bisschen seltsam sein. Aber in Sachen »politische Utopie« zielt die Theorie der freien Kooperation darauf ab, diese seltsame Phase zu beenden.

Fragend voran ...

So bleibt Emanzipation ein Prozess. Gelingen große Schritte – zur Revolte oder Revolution (v)erklärt: umso besser. Aber jeder kleinere Schritt ist auch schon mal gut, zumal viele kleine wie ein großer wirken können und auch unklar ist, ob der große jemals gelingen wird. Entscheidend ist die Qualität jedes Schrittes, also der befreiende Inhalt. Das muss immer vorher durchdacht werden. Und es bedarf einer Reflexion, denn die Komplexität von Herrschaftsbeziehungen ist nicht genau vorausberechenbar. Vorwärtsdringen und kritische Rückschau mit Bereitschaft, erneut zu ändern, bilden das Paket des Handelns. Die Zapatistas in Chiapas (Mexiko) formten das zu einem schönen Satz, der auch auf eine einprägsame Weise Reform und Revolution verbindet: „Fragend schreiten wir voran“. Der Aufstand der Zapatistas (ab 1.1.1994) gilt als Revolte, wenn nicht als Revolution. Doch der Satz zeigt eher das Selbstverständnis einer ständigen Entwicklung aus unzähligen kleinen Schritten. Aber immer „voran“, also – aus emanzipatorischer Sicht – in jedem Schritt zu mehr Freiheit und Selbstentfaltung.

Es ist nicht ganz klar, ob solche Überlegungen in anarchistischen Zusammenhängen inzwischen Allgemeingut geworden sind oder ob die Abneigung gegenüber Theorien zu einem schlichten Desinteresse an Revolutionskonzepten geführt hat. Jedenfalls scheint die Luft raus zu sein aus der Debatte um die großen Entwürfe. Einige anarchistische Basisgruppen streiten, wo sie existieren, um lokale Probleme und beteiligen sich an konkreten Kämpfen. Die große Masse zeigt politisches Engagement ohnehin nur als BesucherInnen großer Events oder beschränkt sich auf die kulturellen Ausdrucksformen anarchistischer Gesinnung.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 67)

Heute dagegen kommt der anarchistische Diskurs ohne die Erwartung eines revolutionären Abschlusses der Kämpfe aus und interessiert sich auch nicht für utopische Entwürfe einer »postrevolutionären« anarchistischen Gesellschaft. Nachdem Vielfalt zu einem anarchistischen Kernprinzip geworden ist, wird auch die Befreiung auf ganz unterschiedliche Weisen gedacht und angestrebt. Selbstentdeckung in der vorwegnehmenden Politik und Respektlosigkeit gegenüber allen Ikonen sind die Grundlagen einer Praxis, die unvollkommen ist und in der Gegenwart stattfindet. Sie wird als vorrangiger Bereich der Verwirklichung von Anarchie betrachtet.

Ein Update für die Anarchie bitte ...

Anarchistische Reform, Revolte oder Revolution – alles ist möglich. Es kommt auf den Inhalt an. Da aber bestehen riesige Defizite. Die Aneignung von moderner Herrschaftsanalyse, die Debatte um Utopien und schließlich von Strategien als Brücken zwischen dem skeptisch durchleuchteten Hier und Jetzt und dem als Möglichkeitsmenge formulierten Zukunftsentwurf bietet die Voraussetzung, konkrete Praktiken und Politiken der Befreiung zu entwickeln. Es ist dann gleichgültig, welcher Stempel diesen aufgedrückt wird. Wer solche Etiketten braucht, um sich in seinem sozialen Umfeld zu präsentieren – bitte, wenn der Rest es aushält. Auf die Qualität der gesellschaftlichen Intervention hat das Etikett allerdings keine Wirkung.

Die Projektwerkstatt nutzen

Archive und Bibliotheken

Das „KABRACK!archiv“, ein Ideen- und Bewegungsarchiv in der Projektwerkstatt kann jederzeit genutzt werden – also wühlen in den langen Regalen von Büchern, Aktenordnern und mehr. Zudem suchen wir MitstreiterInnen. Die müssen nicht aus der Region selbst kommen (können aber ...), denn das Haus verfügt über viele Übernachtungs- und Arbeitsplätze, so daß eine Mitarbeit auch z.B. an ausgewählten Wochenenden oder zu anderen Zeiträumen möglich ist. Gefragt sind Leute, die Lust haben, in Bibliotheken und Archiven mitzusammeln, zu sortieren und Anfragen zu bearbeiten.

Möglich ist allgemein die Mitarbeit im Archiv (Sortieren, neue Materialien beschaffen, Archivieren und Anfragen beantworten, aber auch Ausbau und Renovierung der Archivräume bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit z.B. im Internet) oder, allein bzw. mit anderen zusammen einen bestimmten Themenbereich zu übernehmen. Dann ist es möglich, diesen eigenverantwortlich zu gestalten.

Es gibt verschiedene Themenbereiche, z.B. Antifa, Umwelt, (Anti-)Pädagogik, Naturschutzfilz, Esoterik/Rechte Ökologie, Direct Action, Gruppen/Organisationsfragen, Visionen/Utopien/Anarchie, Internationalismus/Eine Welt, Baubiologie, Feminismus/Gender, Demokratie- und Staatskritik.



www.projektwerkstatt.de/saasen